
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

UVNord-Präsident Wachholtz zum Ergebnis der Landtagswahl in Schleswig-Holstein: „Es müssen jetzt dringend notwendige Weichen für die Zukunft des Landes gestellt werden.“

Rendsburg/Kiel. Nach einer ersten Analyse der Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein forderte UVNord-Präsident Uli Wachholtz die künftigen Koalitionäre von CDU und FDP auf, mit Mut und Geschlossenheit an die Bewältigung der dringend notwendigen Herausforderungen für das Land heranzugehen. Am Rande einer Gremiensitzung seiner Organisation sagte Wachholtz: „Nach Jahren des politischen Stillstandes in der Großen Koalition benötigt Schleswig-Holstein nunmehr einen Befreiungsschlag und damit eine handlungsfähige und geschlossen auftretende neue Landesregierung, um die wichtigsten Hausaufgaben für das Land zu bewältigen. Das größte Problem im Land ist nach wie vor die Haushaltssituation. Hier muss der stringente Kurs einer Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden. Sparen allein reicht aber nicht, vielmehr muss die Ampel auf grün gestellt werden, um mehr Wachstum und Beschäftigung für das Land zu generieren. Um dies sicherzustellen, muss zügig an die Umsetzung der Konjunkturpakete I und II herangegangen werden. Ferner muss die neue Landesregierung dafür Sorge tragen, dass die zum Teil existenziell wichtigen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, wie die Fortsetzung der A20 mit westlicher Elbquerung, der sechsspurige Ausbau der A7 und die Hinterlandanbindung der künftigen festen Querung über den Fehmarnbelt, mit Nachdruck betrieben werden.“

In der zu erwartenden Regierungskonstellation ist nunmehr auch der Weg frei für die vielfachen Vorschläge zum Abbau von Bürokratie im Lande und zur weiteren Deregulierung. Die Wirtschaft des Landes setzt in das Pflichtenheft der neuen Landesregierung auch die Überprüfung der vorhandenen Verwaltungsstrukturen. Eine weit umfassendere Verwaltungs- und Strukturreform als bislang gehört genauso zu den Kernaufgaben der neuen Landesregierung wie die Überprüfung der Kreis- und Gebietsstrukturen im Lande. In diesem Zusammenhang benötigen wir auch eine neue Qualität der norddeutschen Zusammenarbeit, insbesondere mit Hamburg. Gerade zwischen diesen beiden

Ländern, die sich hervorragend ergänzen, gibt es noch zu viel Doppelarbeit, die vermeidbar ist. Hier lassen sich erhebliche Einsparpotentiale heben.

Auch die Bewältigung der Krise um die HSH-Nordbank wird ein wichtiges Anliegen der künftigen Koalitionäre sein, um die Risiken für den Landeshaushalt, für die Sparkassen und für die mittelständisch geprägte Wirtschaft zu begrenzen.

Alles in allem: Die Wirtschaft des Landes erwartet jetzt keine Seitwärtsschritte, sondern mutige und zielstrebige Schritte nach vor.“

UVNord ist der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft. UVNord vertritt heute über seine 59 angeschlossenen Mitgliedsverbände die Interessen von über 27.000 Unternehmen, die in Schleswig-Holstein und Hamburg rund 1,2 Millionen Menschen beschäftigen. UVNord ist zugleich die schleswig-holsteinische Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

28.09.2009